



# Garrelt Duin

## Ostfriesisch. Klar.



## Newsletter

Berlin, 08. Juli 2011

[www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

Ausgabe 7 / 2011 II

### Rösler - ein Minister mit leeren Taschen

Bundesregierung lässt das Handwerk im Stich / Kein Rezept gegen Fachkräftemangel

Es war eine bittere Stunde für den neuen Bundeswirtschaftsminister Rösler, FDP. Die Regierungsfractionen hatten den Punkt „Wirtschaftsmacht Handwerk“ auf die Tagesordnung des Bundestags setzen lassen. Minister Rösler eröffnete die Debatte - und schnell stellte sich heraus, was viele schon vorher ahnten: Er ist ein Minister mit leeren Taschen. Er hat noch keine Akzente gesetzt, wie auch schon nicht als Wirtschaftsminister in Niedersachsen. Die FDP hat in der Krise gegen die Konjunkturpakete gestimmt, die dem Handwerk über die Runden geholfen haben. Auch das CO2-Gebäudesanierungsprogramm hat sie im vorigen

Jahr heruntergefahren - um es jetzt nach der Energiewende mühsam wieder aufzupäppeln. Das Handwerk jedenfalls muss die mangelnde Verlässlichkeit der Regierung ausbaden.

Als erster Redner der Opposition hielt Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, der Regierung vor, dem Handwerk keine Planungssicherheit zu bieten. Ihr falle nichts ein außer der „Luftnummer mit Steuereisenkungen auf Pump“. Duin mahnte mehr öffentliche Investitionen an - und einen Mindestlohn, den das Handwerk als Schutz gegen Billigfirmen aus dem Ausland braucht. Es sei ein Unding, dass der Staat viel Geld zahlen müsse, um schlecht bezahlte Jobs zu subventionieren.

Duin kritisierte Rösler, dem Fachkräftemangel tatenlos zuzuschauen: „Sie schöpfen die Potenziale im Inland nicht aus.“ Als Beispiel nannte er die vielen tausend Schüler ohne Abschluss. In der Bildungspolitik forderte er ein Ende des unsinnigen Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern. Außerdem: „Sechzehn verschiedene Bildungssysteme können wir uns nicht leisten.“

*Hoiu!*

Opposition ist Mist - dieses schon geflügelte Wort von Franz Münterfering bestätigt sich oft, wie wir Abgeordneten aus Bundes- und Landtag oft erfahren müssen. Aber manchmal kann man sich auch als Oppositionspolitiker über einen Erfolg freuen. Dazu gehört in diesen Tagen, dass Union und FDP ihren irrigen Plan zu den Akten legen, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu „reformieren“ und Wasserstraßen so einzustufen, dass manch wichtiger Fluss und Kanal bei uns im Norden bei Investitionen leer ausgehen würde.

Gegen diese Pläne sind wir Sozialdemokraten Hand in Hand mit Personalräten, Gewerkschaften, Verbänden und der maritimen Wirtschaft monatelang Sturm gelaufen - bis schließlich die Regierungsfractionen eingesehen hatten, welchen Unsinn sie verzapfen wollten. Die Folge: Am vorigen Dienstag piffen sie - leicht verklausuliert, aber deutlich - ihren Verkehrsminister Ramsauer, CSU, zurück. Die größte Gefahr ist damit erst einmal vorbei.

*Garrelt Duin*

### Schönen Sommer!



Der Sommer ist da. Zeit für Urlaub und Ferien. Garrelt Duin und sein Team in Berlin und Ostfriesland wünschen allen Lesern des Newsletter einen schönen Sommer - sei es im Urlaub oder bei der Arbeit.

# SPD bereitet sich auf Regierungs-Verantwortung vor

**Thomas Oppermann: Regierung Merkel kommt nicht wieder auf die Beine / Arbeiten an der Wirtschaftskompetenz**

Wer etwas länger darüber nachdenkt, kann dieser These von Thomas Oppermann folgen: „Die Grünen sind die einzige Klassenpartei in Deutschland.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion begründet sie mit dem Hinweis auf die gleichmäßig zusammengesetzte soziologische Mitglieder- und Wählerstruktur der Grünen. So haben Grüne im Schnitt eine höhere Schulbildung und höhere Einkommen und sind somit weit entfernt davon, eine Volkspartei zu sein.

Oppermann sprach mit sozialdemokratischen Abgeordneten in Berlin über die Halbjahresbilanz der SPD und wertete sie als gute Basis, 2013 wieder die Regierung zu übernehmen: „Die Merkel-Regierung kommt nicht wieder hoch.“

Die Botschaft der SPD an die Wähler müssen sein: „Die Regierung kann es nicht, wir können es besser.“ Um die Erwartungen der Menschen jedoch zu erfüllen, sei weiterhin solide Arbeit an Kompetenz und Profil der Partei nötig. Bis zum Parteitag Anfang Dezem-



Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann (links), im Gespräch mit Garrelt Duin. Der Göttinger Oppermann und der Ostfriesen Duin sind sich einig, dass die SPD mit einem gut austarieren Programm mit den Schwerpunkten Sozial- und Wirtschaftspolitik wieder an die Regierung kommen kann.

ber werde die SPD alle Felder der Sozial- und der Wirtschaftspolitik mit einleuchtenden Konzepten bestellt haben. Dazu gehören ein Energie-, Steuer- und Abgaben-,

Gesundheits- und Pflegekonzept. In der Sozialpolitik genießt die SPD bei den Menschen höchste Kompetenzwerte. Bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen hole sie auf,

liege aber noch hinter der CDU. Garrelt Duin: „Wir müssen wie Olaf Scholz in Hamburg eine gute Balance aus Wirtschafts- und Sozialpolitik schaffen.“

## Connemanns Nein

**CDU-Abgeordnete auf energiepolitischer Geisterfahrt**

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann aus Leer gehört neben einer Handvoll anderer konservativer Politiker zu den Nein-Sagern zum Atomausstieg - Hand in Hand mit den Linken. Europaabgeordneter Matthias Groote und SPD-Bezirksvorsitzende Johanne Modder kritisieren dies als „energiepolitische Geisterfahrt“ und halten ihr vor, damit gegen ein nationales Gemeinschaftswerk und besonders gegen ostfriesische Interessen zu

verstoßen. Windenergie trägt maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufschwung in Ostfriesland bei. Connemann begründet ihr Nein mit zu erwartendem Widerstand gegen die Energiewende. Garrelt Duin: „Wem es in der Küche zu heiß ist, sollte nicht Koch werden.“ Es gehöre auch kein Mut dazu, wie Connemann bei klaren Mehrheiten gegen die eigene Fraktion zu stimmen: „Da passiert nichts. Es ist opportunistisches Kalkül.“

## Minister zurückgepiffen

**Kelch der WSV-Reform geht vorerst vorüber**

Eine gute Nachricht für Ostfriesland: Die Verkehrspolitiker der Regierungsparteien pfeifen Verkehrsminister Peter Ramsauer, CSU, zurück. Er darf wesentliche Aufgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) nicht ohne weiteres privatisieren. Vielmehr muss er zunächst die Strukturen der WSV überprüfen und sich Gedanken über das Vergabeverfahren machen. Darüber wird viel Zeit verstreichen. Das heißt: Ramsauer kann nicht so einfach

die WSV von einer Ausführungs- in eine Gewährleistungsverwaltung umkrepeln, wie er geplant hatte. Ausführung bedeutet: Die Behörde macht es selbst, bei Gewährleistung werden Aufgaben privatisiert. Außerdem soll Ramsauer wichtige Bundeswasserstraßen nicht in ihrer Bedeutung abstufen dürfen. Garrelt Duin: „Damit haben unsere Mühen sich gelohnt, die Reformpläne zu kippen.“- Sie dazu auch „Moin“ auf Seite 1.

# Gentests vor künstlicher Befruchtung erlaubt

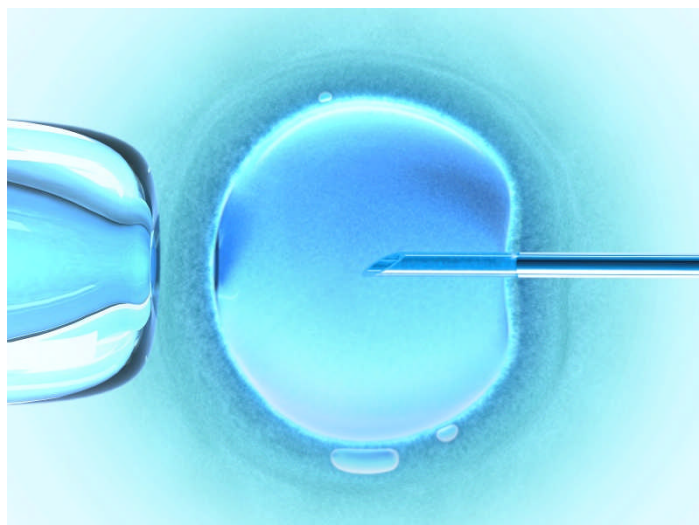
**PID-Gesetz: Paare mit Veranlagung zu schweren Erbkrankheiten sollen Chance auf ein gesundes Kind haben**

Der Bundestag hat mit Mehrheit quer durch alle Fraktionen die so genannte Präimplantationsdiagnostik (PID) erlaubt.

Zur Abstimmung standen drei Anträge: Der Antrag für PID, der nach langer emotionaler Debatte die meisten Stimmen erhielt, sieht die begrenzte Zulassung von Gentests an künstlich erzeugten Embryonen vor. PID ist grundsätzlich verboten, aber in Ausnahmen zulässig. Das Gesetz soll Paaren, die eine Veranlagung für schwere Erbkrankheiten haben, die Chance auf ein gesundes Kind ermöglichen. Zu diesen Ausnahmefällen zählt neben schweren Erbkrankheiten eine deutliche Neigung zu Tod- oder Fehlgeburten. Vor der PID müssen sich Paare beraten

lassen, eine Ethikkommission muss zustimmen. Nur lizenzierte Zentren dürfen PID vornehmen. Garrelt Duin: „Ich habe diesem Antrag zugestimmt“. Für diese Position stehen neben anderen Staatssekretär Peter Hintze, CDU, und die SPD-Gesundheitsexpertin Dr. Carola Reimann. Der Antrag erhielt 326 Stimmen.

Der zweite Antrag wollte ein striktes Verbot der PID. Die künstliche Befruchtung bekäme nach ihrer Meinung durch PID eine neue Dimension. Zustimmung: 260 Abgeordnete. Der dritte Antrag war ein Kompromiss, der PID grundsätzlich verbietet, die Ausnahmen im Vergleich zu Antrag 1 jedoch strenger fasst. Zustimmung: 58 Abgeordnete.



Befruchtung einer Eizelle in der Petrischale. Später können Embryonen aus künstlicher Befruchtung in frühem Stadium auf Erbkrankheiten oder Behinderungen untersucht werden. Eine Petrischale ist eine flache, runde Schale mit Deckel und kommt in der Biologie, Medizin und Chemie zum Einsatz. Namensgeber ist der Bakteriologe Julius Richard Petri, der sie 1887 einführt.

## Pflege ist große Aufgabe

**SPD-Bundestagsfraktion: Bürgerversicherung für Pflege**

Unsere älteren Mitbürger haben ein Recht und auch einen moralischen Anspruch auf gute und bezahlbare Pflege - sei es ambulant zu Hause oder in einem Heim. Die Pflegeversicherung hat sich bewährt, aber sie ist auf Dauer nicht leistungsfähig genug.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird deshalb im Herbst über eine Reform der Pflegeversicherung beraten und beschließen. Schon jetzt steht fest, dass Pflege nach Auffassung der SPD eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Garrelt Duin: „Wir wollen die solidarische und paritätische Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung ausbauen und keine Zwei- oder Drei-Klassen-Pflege.“

Dafür brauchen wir eine „Bürgerversicherung Pflege“ nach dem Muster, wie die SPD auch in der Krankenversicherung ein Bürgerversicherungs-Modell vorlegt. Duin: „Ein Finanzierungsmodell wie zurzeit in der gesetzlichen Krankenversicherung nach Art von Union und FDP mit pauschalen Zusatzbeiträgen anstelle

von einkommensabhängigen Beiträgen lehnen wir ab.“

Die SPD will eine Pflegeversicherung, die nach den Einkommen der Versicherten finanziert wird. Alle zahlen entsprechend dem Einkommen ein, die Arbeitgeber beteiligen sich paritätisch. Duin: „Nur das ist gerecht.“

Die Herausforderungen an die Pflegeversicherung sind wegen des demografischen Wandels groß. Um sie zu meistern, wollen wir die Pflegeberatung ausbauen, die Pflegequalität verbessern, die Pflegeforschung fördern und deren Erkenntnisse zügig nutzen. Wichtig ist auch, dass pflegende Angehörige die Pflege und ihren Beruf unter einen Hut bringen können.

Wir brauchen gut ausgebildete Pflegekräfte, die leistungsgerecht bezahlt werden. Duin: „Auch über eine schlagkräftige und bezahlbare Pflegeinfrastruktur werden wir intensiv nachdenken und realistische Vorschläge machen.“

## Fragwürdige Panzer

**SPD-Kritik am Rüstungs-Deal mit Saudi-Arabien**

Panzer dürfen nicht in Spannungsgebiete verkauft werden und die Empfängerstaaten müssen die Menschenrechte einhalten. Basta.

Damit ist eigentlich alles gesagt. Die präzisen Vorschriften für den Rüstungsexport hindern die Regierung Merkel aber nicht daran, 200 Leopard-Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern. Über Hintergründe schweigt die Regierung. Sie beruft sich auf die Geheimhaltungspflicht.

Regierungssprecher Seibert sagt, die Regierung stehe zu den Richtlinien für Rüstungsexporte. Wie sich diese mit dem diktatorisch regierten Saudi-Arabien vertragen, bleibt sein Geheimnis.

Gegenwärtig kann die Regierung Rüstungsexporte im Alleingang genehmigen und diese erst im jährlichen Rüstungsbericht veröffentlichen. Somit wird sich die Erlaubnis des Panzerdeals mit Saudi-Arabien von Ende Juni 2011 erst im Exportbericht finden, den

die Regierung Ende 2012 beschließt.

Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, fragt: „Wer soll durch die Geheimhaltung eigentlich geschützt werden?“ Er verweist darauf, dass die SPD bereits Ende März ein Papier zur Änderung der Rüstungsexport-Genehmigungen veröffentlicht hat. Darin fordert sie, den Exportbericht „schneller und in verlässlicher Zeitfolge“ zu veröffentlichen. Gedacht wird an sechs Monate nach Ablauf des Kalenderjahres.

Der Panzer-Verkauf an Saudi-Arabien sorgt - mit Recht - für erhebliche Unruhe im Berliner Regierungsviertel und bei den Menschen im Land. Denn es sieht so aus, als ob die Regierung ein sensibles Thema höchst fahrlässig behandelt. An Waffenverkauf sind strenge Maßstäbe anzulegen. Garrelt Duin: „Gerade bei einem Land wie Saudi-Arabien, das erst jüngst gegen Oppositionelle in Bahrain vorgegangen ist.“

# Duin macht Druck für Vertiefung der Ems bei Emden

Es dauert schon viel zu lange / Emden ist existenziell auf sichere Hafenzufahrt für größere Schiffe angewiesen

Es ist wie seit Jahrhunderten: Das Wohl Emdens und weiter Teile Ostfrieslands hängt von einer ausreichend tiefen und zuverlässigen Zufahrt zum Hafen über die Ems ab - unabhängig vom geplanten neuen Hafen am Rysumer Nacken, ohne den Emden auf Sicht von der Weltschifffahrt mit größer werdenden Schiffen abgehängt würde.

In diesen Tagen ging es in Berlin in einem Gespräch zwischen Garrelt Duin, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Verkehrsministerium, Enak Ferlemann, CDU, um die Vertiefung der Ems um einen Meter zwischen dem Emdener Ha-

fen in Richtung Knock. Das wirtschaftlich dringend nötige und grundsätzlich unumstrittene Vorhaben hakt schon seit Jahren. Garrelt Duin: „Der Bund muss endlich den Knoten durchschlagen.“ Er bat Ferlemann um Unterstützung.

Unabhängig von der Emsvertiefung zwischen Emden Richtung Knock wartet am Rysumer Nacken mit einem neuen Hafen ein Vorhaben, das die Zukunft Emdens für die nächste Generation sichert. Der Stadtrat hat seine planerischen Hausaufgaben dafür gemacht. Jetzt sind Land und Bund mit einem Geländetausch an der Reihe, damit das Land in den Grundstücksbesitz am Rysumer Nacken gelangt.



Garrelt Duin (links) überreichte in Berlin dem Parl. Staatssekretär im Verkehrsministerium, Enak Ferlemann, CDU, ein Papier zur Emsvertiefung bei Emden.

## Klimaschutz: CCS/CCR erst erforschen

Die SPD-Bundestagsfraktion sagt nein zum Gesetz zur Kohlendioxid-Lagerung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dem Gesetz zur Lagerung von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in großen Erdtiefen nicht zugestimmt. Sie sieht inhaltliche Schwächen im Gesetz.

Außerdem verstößt es gegen geltendes EU-Recht. So ist es nicht zulässig, dass eine Landesregierung die Speichertechnik in einem gesamten Bundesland verbieten kann, wie es zum Beispiel Niedersachsen vorhat. Jeder Antrag auf Speicherung muss nach dem Raumordnungsgesetz abgewickelt werden.

Es geht um die Verfahren CCS, mit dem Kohlendioxid bei Industrieprozessen abgeschieden und gelagert werden, und um CCR, mit dem Kohlendioxid abgeschieden und wieder verwertet wird. Hintergrund sind die Klimaschutzziele

der EU, die nur dann erreicht werden, wenn weniger CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen wird.

Es gibt aber auch unvermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen, die in Gas- und Kohlekraftwerken, vor allem aber in der Stahl-, Chemie- und Zementbranche entstehen. Deutschland kann nicht auf diese Industriezweige verzichten, andererseits muss der Klimaschutz berücksichtigt werden. Deshalb kann CCS/CCR einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Garrelt Duin: „Grundsätzlich ist es besser, CO<sub>2</sub> zu lagern oder wieder zu verwerten, als das Klima damit zu belasten. Aber Voraussetzung sind Forschung und Entwicklung, um technische Erfahrungen und Fortschritte machen zu können.“ Gleiches gilt für die großtechnische Erprobung der Abscheide-,

Wiederverwertungs- und Speichertechnik.

Die CCS/CCR-Technik ist noch im Entwicklungsstadium. Daher kann sie heute kein tragender Bestandteil einer CO<sub>2</sub>-Minderungsstrategie und eines seriösen Energiekonzepts sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion will schrittweise vorgehen. Sie unterstützt deshalb die Erprobung der Techniken in Demonstrationsanlagen in Deutschland und Europa. Duin: „Erst wenn diese Ergebnisse ausgewertet sind, können wir darüber entscheiden, welche Rolle CCS/CCR bei einer Novellierung des Energiekonzepts spielen können.“ CDU und FDP machen es sich jedenfalls zu leicht, wenn sie den Ländern letztlich die Verantwortung überlassen. Sie fallen damit auf den Bauch.

### Spruch der Woche

„Von ihm kann ich immer noch viel lernen“

Helmut Schmidt  
laut Handelsblatt über  
Peer Steinbrück



#### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445  
garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

#### Bildrechte

Eigene Aufnahmen, Frank Ossenbrink, iStockphoto